

Von ihrem Büro an der Invalidenstraße in Berlin aus hat Katherina Reiche, neue Hauptgeschäftsführerin des Verbands Kommunalen Unternehmen (VKU), freien Blick auf das Bundeswirtschaftsministerium und das Verkehrsministerium. Mit beiden Häusern steht die Ex-Staatssekretärin in regem, aber nicht immer harmonischem Austausch.

Frau Reiche, viele Stadtwerke sind in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Wird man sich daran gewöhnen müssen, dass Stadtwerke pleitegehen?

Nein, das glaube ich nicht. Stadtwerke haben eine Funktion, die weit über die eines reinen Wirtschaftsunternehmens hinausgeht. Sie sind integraler Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass eine Kommune ein Stadtwerk mal so eben pleitegehen lässt. Wir sprechen hier über Strukturen, die teilweise seit 150 Jahren gewachsen sind. Stadtwerke leisten einen großen Mehrwert für ihre Städte. Es gibt feste Verbindungen zwischen den Kommunen, die von ihren Stadtwerken bestimmte Leistungen erwarten. Die Stadtwerke sind zugleich eine wichtige Säule der Kommunalfinanzien.

Allerdings gibt es mehr und mehr Stadtwerke, die von den Kommunen finanziell gestützt werden müssen. Das Verhältnis hat sich also umgekehrt.

Diese Fälle gibt es, aber das ist erfreulicherweise nicht der Normalfall. Wir dürfen jedoch nicht mehr in die Situation kommen, dass Städte sich gezwungen sehen könnten, gewinnträchtige Teile ihrer Stadtwerke zu verkaufen und notleidende Teile über die Verkaufserlöse zu halten oder deren Aufgabenerfüllung wieder an

das die bereits bis 2030 konkreter vereinbarten CO₂-Minderungsziele von 40 Prozent wie bisher auch individuell auf jeden Mitgliedstaat runtergebrochen werden. Zusätzlich müssen von der Klimakonferenz in Paris weitere Signale für weltweite Bemühungen zu mehr Klimaschutz ausgehen. Nun kommt es darauf an, die damit zwingend verbundene Energiewende bezahlbar und nachhaltig umzusetzen. Wenn man den konventionellen Kraftwerkspark umbauen und am Ende komplett ersetzen will, braucht man dafür Zeit, Mittel und einen verlässlichen Rahmen. Den haben wir im Moment nicht.

Nennen Sie ein Beispiel.

Vor wenigen Tagen wurde die Vereinbarung zwischen den drei Braunkohlekraftwerksbetreibern und der Bundesregierung besiegelt, eine Klimareserve für Braunkohlekraftwerke zu schaffen. Diese Einigung passt nicht ins System, sie ist ineffizient und teuer. Leider reiht die Politik verschiedene Behelfs- und Übergangslösungen aneinander wie jetzt die Lösung für die alten Braunkohlekraftwerke. Je mehr die Politik aus dem noch vorhandenen, nicht regulierten Teil der Stromerzeugung herauschneidet und durch separate Gesetze dem Markt entzieht, desto ineffizienter wird das Gesamtsystem. Die Vorstellungen des Wirtschaftsministeriums zur Weiterentwicklung des Strommarkts helfen nicht dabei, die sauberen und effizienten Gaskraftwerke wieder wirtschaftlich zu betreiben.

Wie sieht es bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWQ) aus? Wie bewerten Sie Gabriels Entwurf für ein KWQ-Gesetz?

Es ist mehr, als man zu Anfang erwarten konnte. Aber es ist nicht so viel, wie es

KATHERINA REICHE

„Wir sind in einer kritischen Phase

Die Chefin des Stadtwerke-Verbands über die Energiewende, den umstrittenen Braunkohleausbau und die Digitalisierung.



ben. Das würde zu einer Auszehrung der Stadtwerklandschaft führen. Verstärkt wird die Entwicklung dadurch, dass sich ja einige Kommunen selbst in einer finanziell desaströsen Lage befinden. Das gilt beispielsweise für viele Städte in Nordrhein-Westfalen. Dadurch wächst der Druck auf die Stadtwerke zusätzlich.

Worin sehen Sie die Hauptursache für die Entwicklung?

Wir sind in einer kritischen Phase, weil die bis vor wenigen Jahren einträglichen Geschäfte für die Stadtwerke, die Stromerzeugung und

der Stromvertrieb, nicht mehr die gewohnten Margen abwerfen. Dieses Problem ist nicht hausgemacht. Es ist zum überwiegenden Teil das Ergebnis politischer Entscheidungen. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie auch von den rund 900 Stadtwerken in Deutschland mit vorangetrieben werden kann. Das geht aber nur, wenn ihnen die wirtschaftliche Basis nicht entzogen wird.

Was muss sich ändern?

Wir unterstützen selbstverständlich voll und ganz das Ziel der Politik, die Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten kontinuierlich zu dekarbonisieren. Es gibt klare Kohlendioxid-Minderungsziele auf europäischer Ebene von mehr als 80 Prozent bis 2050. Dafür ist es zielführend,

VITA

KATHERINA REICHE

Karriere Katherina Reiche, Jahrgang 1973, ist seit September Hauptgeschäftsführerin des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU), der Interessenvertretung der kommunalen Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft. Bis Anfang 2015 war sie Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, von 2009 bis 2013 Parlamentarische Staatssekretärin im Umweltressort.

Partei Die Diplom-Chemikerin aus dem brandenburgischen Luckenwalde trat 1996 in die CDU ein, 2000 wurde sie Mitglied des CDU-Bundesvorstands, von 1998 bis September 2015 war sie Bundestagsabgeordnete.

merhin können wir mit einer deutlichen Erhöhung der Förderung rechnen. Für mich stellt sich die Frage, ob die Förderung am Ende bei den Anlagen ankommt, die der öffentlichen Versorgung dienen, oder ob doch noch ein erheblicher Teil für die Eigenversorgung der Industrie vorgesehen ist. Große Unsicherheit besteht außerdem noch, weil die Fristen eng gesetzt sind. Komplexe Genehmigungsprozesse können dazu führen, dass ein Stadtwerk erst dann mit einer Anlage ans Netz gehen kann, wenn es keine Förderung mehr bekommt. Da wünschen wir uns etwas mehr Flexibilität. Das Zeitfenster ist zu eng bemessen.

Geht die Energiewende an den Stadtwerken vorbei?

Die Energiewende lebt davon, dass sich viele an ihr beteiligen. Das sagen auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Die Politik sollte daher die Bedingungen dafür schaffen, dass auch die rund 900 Stadtwerke mit ihren über 100 000 Beschäftigten mitmachen können. Im Moment ist das nicht der Fall. Im Moment rechnet sich nicht einmal der Betrieb einer gasbefeuerten KWK-Anlage – und das, obwohl es keine effizientere und klimaschonendere Form der Strom- und Wärmeerzeugung mit fossilen Brennstoffen gibt.



Funkle Foto Services

Rentenversicherung im Glück

Flüchtlinge dürften für zusätzliche Einnahmen sorgen.

Peter Thelen
Berlin

Die Deutsche Rentenversicherung war selten so gut aufge stellt wie heute. Das bekommen die 20 Millionen Rentner positiv zu spüren – ihre Renten werden im kommenden Jahr um vier bis fünf Prozent steigen, so deutlich wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr. Doch auch die Beitragszahler profitieren: Noch Anfang des Jahres sah es so aus, als müsste der im Januar von 18,9 auf 18,7 Prozent gesunkene Beitragssatz demografisch bedingt spätestens 2019 wieder steigen. Nach der neuesten Prognose der Rentenversicherung wird dies nun frühestens 2021 passieren, wie Vorstandschef Alexander Gunkel am Mittwoch verkündete.

Dabei hatte die Bundesregierung vergangenes Jahr eine der teuersten Rentenreformen aller Zeiten in Kraft gesetzt hat: die viel kritisierte, gleichwohl inzwischen über 340 000-mal beantragte abschlagfreie Rente mit 63 für langjährig Versicherte, die Mütterrente und einige kleinere Verbesserungen kosten die Rentenversicherung in diesem Jahr fast neun Milliarden Euro. Trotzdem wird sie das laufende Jahr nur mit einem Defizit von 1,9 Milliarden Euro abschließen statt der vier Milliarden, die noch im Herbst 2014 erwartet worden waren.

Die Schwankungsreserve schrumpft daher nur leicht von 35 Milliarden Euro zu Jahresanfang auf 33,7 Milliarden Euro oder 1,75 Monatsausgaben zum Jahresende. 2016 läuft es zwar nicht mehr ganz so gut – auf Basis der recht konservativen Annahmen der Bundesre-

gierung eine erneute Beitragssenkung geben müssen. Die ist dann geboten, wenn damit gerechnet wird, dass die Reserven im Folgejahr mehr als 1,5 Monatsausgaben erreichen.

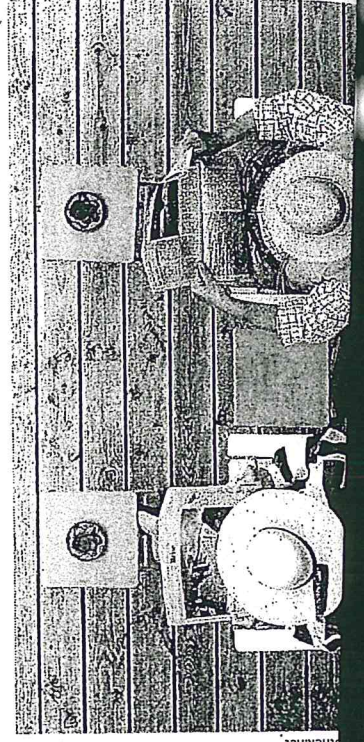
Dass dies nun nicht der Fall ist, liegt auch daran, dass die Regierung den allgemeinen Bundeszuschuss zur Rentenversicherung zwischen 2014 und 2016 willkürlich um 3,75 Milliarden Euro gekürzt hat, um einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden verabschieden zu können. Ohne Eingriff könnte der Beitragssatz 2016 erneut um mindestens 0,1 Prozentpunkte sinken.

Gründe für die gute Lage sind vor allem steigende Löhne und Beschäftigtenzahlen. Sie sorgen dafür, dass die Zahlungen der Arbeitnehmer trotz Senkung des Beitragssatzes im Januar allein bis Ende September um fast drei Prozent gestiegen sind. Ende 2019 wird es voraussichtlich 730 000 mehr Beschäftigte geben, als die Bundesregierung im Frühjahr erwartet hatte.

Das wirkt sich auch auf den Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel aus. Er wurde erfunden, um den Rentenanstieg in dem Maße zu dämpfen, in dem im alternierenden Deutschland die Zahl der Rentner schneller wächst als

die der Beitragszahler. Da im Moment aber die Zahl der Beitragszahler schneller wächst, wirkt der Faktor rentensteigernd. Für die Versicherten hat dies den Effekt, dass das seit 2005 bereits tüchtig geschrumpfte Rentenniveau bis 2020 nicht weiter absinken wird. Nach Ansicht der alternierenden Vorsitzenden der Rentenversicherung, Annelie Buntenbach, ist das nur ein schwacher Trost: „Langfristig wird der Nachhaltigkeitsfaktor dafür sorgen, dass das Rentenniveau weiter absinkt.“

Die Gefahr wachsender Altersarmut sei nicht gebannt, warnte Buntenbach, die in der Selbstverwaltung die Arbeitnehmer vertritt. Einig war sie sich allerdings mit Arbeitgebervertreter Gunkel, dass der Zustrom von Flüchtlingen die Glückssträhne der Rentenversicherung verlängern könnte. Es werde gelingen, viele der meist jungen Zuwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies bedeute noch mehr Beitragseinahmen. Zusätzliche Ausgaben seien dagegen auf kurze Sicht nicht zu erwarten, so Buntenbach: „Erste Leistungsansprüche entstehen in der Regel erst nach fünf Beitragsjahren.“



Die Stadtwerke spielen auch beim Breitbandausbau eine wichtige Rolle. Wie bewerten Sie die Pläne von Alexander Dobrindt als Minister für die digitale Infrastruktur?

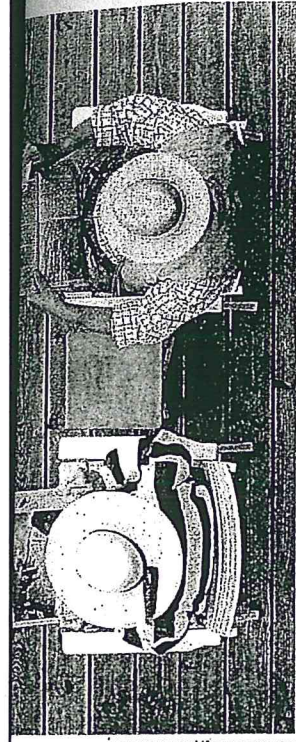
Das Bundeskabinett hat ja kürzlich die Breitband-Förderrichtlinie beschlossen. Es ist uns gelungen, Verbesserungen zu erreichen. Kommunale Betreibermodelle sind nun darstellbar und grundsätzlich förderfähig, auch wenn wir nach wie vor eine Präferenz für das Deckungsmodell erkennen.



Es besteht die Gefahr, dass die Stadtwerke die Chancen der Digitalisierung nicht richtig nutzen können.

Dobrindt setzt darauf, bis 2018 flächendeckend Übertragungsraten von 50 Mbit zu ermöglichen. Das geht etwa durch das Ausrüsten bestehender Kupferkabel mittels Vectoring. Ist das der richtige Weg?

Nach unserer Überzeugung ist das falsch. Andere europäische Länder realisieren schon jetzt, dass wesentlich höhere Übertragungsraten zum Standard werden. Dann stößt man mit dem Kupferkabel an Grenzen. Nach unserer Auffassung führt an Glasfaser kein Weg vorbei. Glasfaser ermöglicht drastisch höhere Übertragungsraten und sind somit zukunftsfest. Das aktuell diskutierte Exklusivrecht für die Telekom in Sachen Vectoring am Hauptverteiler bringt den Glasfaserausbau nicht voran und ist wettbewerbsmäßig äußerst fragwürdig. Wenn Deutschland in der digitalisierten



Seniorenpaar: Die Renten dürften 2016 deutlich steigen.

Milliarden Euro zu Jahresanfang auf 33,7 Milliarden Euro oder 1,75 Monatsausgaben zum Jahresende. 2016 läuft es zwar nicht mehr ganz so gut - auf Basis der recht konservativen Annahmen der Bundesregierung über die Entwicklung von Löhnen und Beschäftigung wird die Reserve bis Jahresende auf knapp unter 1,5 Monatsausgaben sinken. Bei etwas günstigeren Annahmen, räumte Gunkel ein, hätte es sogar

Zu wenig Professoren

Die Betreuung der Studenten hat sich stark verschlechtert.

Barbara Gillmann
Berlin

Der Ansturm auf die Hochschulen läuft seit Jahren, die Zahl der Erstsemester ist seit 2005 um satte 43 Prozent gestiegen. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl verdoppelt, heute studiert die Hälfte eines Jahrgangs.

Trotz der Milliarden des Bundes für die Hochschulpakete hat das zu einer deutlichen Verschlechterung der Betreuung der Studenten geführt: Die Zahl der Studenten pro Professor ist von 54 auf 63 gestiegen, heißt es in einer Studie des CHE Zentrums für Hochschulentwicklung.

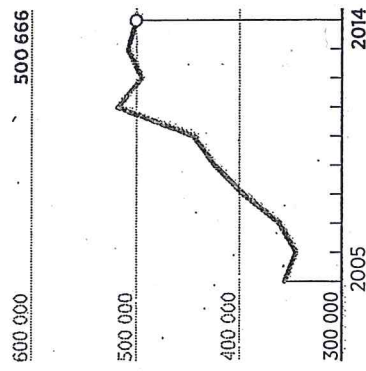
Mit den Zusatzgeldern wurden vor allem Lehrkräfte im Mittelbau aufgestockt. Dieser hat mit der Studentenflut zumindest Schritt gehalten. CHE Geschäftsführer Jörg Dräger warnt daher: „Das Wachsen des Hochschulsystems darf nicht zu ‚Wachstumsschmerzen‘ auf Kosten der Studierenden führen. Gute Be-

treuung und Zugang zu Professoren müssen gewährleistet bleiben.“

Die Lage in den Ländern ist allerdings sehr unterschiedlich: Besonders hat sich Betreuung in Hamburg, Hessen und NRW verschlechtert. NRW hat rund 60 Prozent der zusätzlichen Studenten aufgenommen. In Hessen kommen inzwischen

Hohes Niveau

Zahl der Studienanfänger in Deutschland



Handelsblatt Quelle: Statist. Bundesamt

schen 70 Studenten auf einen Professor, in NRW sogar 82.

Größter Gewinner der Akademisierung ist Baden-Württemberg: Das Land konnte seinen Anteil an den Erstsemestern von knapp 14 auf 15,3 Prozent steigern. Die Betreuung dort ist gleichwohl mit 52 Studenten pro Professor die beste aller West-Länder.

Erreicht wurde das Ziel, deutlich mehr Anfänger für Ingenieurwissenschaften zu begeistern, hier gab es prozentual das größte Wachstum. Von 2005 bis 2013 wuchs die Anfängerzahl von 67 370 auf 109 964, also um 63 Prozent.

Die Zahl der Ausländer in den Hörsälen ist genauso stark gestiegen wie die der Studenten insgesamt. Heute gibt es fast 90 000 Erstsemester aus dem Ausland - 2005 waren es knapp 60 000. Weil sie beim Abschluss bereits integriert sind, gelten sie als extrem interessante Gruppe für eine Zuwanderung von Hochqualifizierten.

tuell diskutierte Exklusivrecht nur die 'relekom in Sachen Vectoring am Hauptverteiler bringt den Glasfaserausbau nicht voran und ist wettbewerblich äußerst fragwürdig. Wenn Deutschland in der digitalisierten Welt mitreden will, geht das nur mit Glasfaserkabeln. Es ist klar, dass die Förderungstechnologieneutral sein muss. Trotzdem sollte berücksichtigt werden, dass Glasfaser die überzeugendste Technologie ist. Sonst kommt es zu einer Fehlallokation erheblicher Milliardenbeträge. Ich wünsche mir eine politische Offensive, gerne beispielsweise auch im Zusammenspiel mit dem Juncker-Fonds der Europäischen Kommission, um dieses Thema voranzubringen.

Welche Chancen verbinden Sie für die Stadtwerte mit der Digitalisierung?

Die Chancen sind riesig. Aber es besteht die Gefahr, dass die Stadtwerte sie nicht richtig nutzen können. Nehmen Sie das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Das Gesetz ist ein Datenaustausger von der Verteilnetzebene zur Übertragungsnetzebene. Die Übertragungsnetzbetreiber richten ihre Konzernstrukturen bereits entsprechend aus, schaffen etwa die Position eines „Chief Digital Officer“. Jeder Kunde produziert täglich unzählige Daten. Dieser Datenschatz sollte zunächst einmal dort bleiben, wo ihn der Kunde zu Recht vermutet: beim Stadtwerk. Der Kunde vertraut auch richtigerweise darauf, dass sein Stadtwerk mit den Kundendaten vertrauenswürdig umgeht. Das Gesetz sieht aber vor, dass die Daten beim Übertragungsnetzbetreiber landen. Wir bekommen sie nur in aggregierter Form zurück. Wir liefern Puzzleteile, und erhalten einen Klumpen Knete. Damit lässt sich nichts anfangen. Das darf so nicht bleiben.

Frau Reiche, vielen Dank für dieses Interview.

Die Fragen stellte Klaus Stratmann.

VKU-Chefin Reiche: „Die Energiewende lebt davon, dass sich viele an ihr beteiligen.“